

Antrag



Einreicher	Datum	Drucksache Nr.
SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN	25.01.2024	23/2024

Beratungsfolge	Sitzung	Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enthaltg.
Ausschuss für Bildung und Soziales	12.02.2024			
Gemeindevertretung	27.02.2024			

Betreff

Antrag der Fraktionen SPD sowie Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Gemeindevertretersitzung am 27.02.2024 hier: Kinder- und Jugendbeteiligung in der Gemeinde Wustermark, Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes sowie Beauftragte für Kinder und Jugendliche

Beschlussvorschlag

Der Bürgermeister wird beauftragt:

Mit den Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde Wustermark eine wirksame Kinder- und Jugendbeteiligung gem. § 18a der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg zu erarbeiten. Das Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg wird dabei einbezogen.

In dem Erarbeitungsprozess wird eine Überarbeitung des § 4 der Hauptsatzung der Gemeinde Wustermark, die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes sowie die Benennung einer/s Beauftragte/n für Angelegenheiten für Kinder und Jugendliche gem. § 18a Abs. 3 der Kommunalverfassung berücksichtigt.

Die Gemeindevertretung sowie der Bildungs- und Sozialausschuss werden über entsprechende Formate in den Prozess eingebunden.

Drucksache: 23/2024

Beschlussbegründung:

§ 18a der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg sichert Kindern und Jugendlichen in **allen** sie berührenden Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte zu.

Die Hauptsatzung bestimmt, welche Formen zur eigenständigen Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde geschaffen werden. **Kinder und Jugendliche sind an der Entwicklung der Formen angemessen zu beteiligen.**

In verschiedenen Formaten und Gesprächen wurde der Wunsch junger Menschen nach aktiver und verbindlicher Beteiligung deutlich. Auch interfraktionell sind sich alle Beteiligten häufig einig, dass junge Menschen viel stärker als bislang aktiv an den Gemeindeangelegenheiten und Entscheidungsprozessen beteiligt werden müssen.

Die Gemeinde Wustermark hat mit einem Kinder- und Jugendparlament bereits positive Erfahrungen sammeln können. Dennoch ist ein reines Gremium zwangsläufig keine Garantie für eine umfassende und breite Kinder- und Jugendbeteiligung, sondern lediglich das Sprachrohr für die Rechte von jungen Menschen.

Mit einer umfassenden Kinder- und Jugendbeteiligung sowie ggf. Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes werden junge Menschen an demokratische Prozesse über tatsächliches Erleben herangeführt. Sie setzen sich frühzeitig mit repräsentativer Demokratie und partizipativen Elementen des gesellschaftlichen Lebens auseinander.

Junge Menschen erhalten eine Stimme und werden in ihrem Handeln sowie Bedürfnissen ernst genommen.

Durch die Benennung einer/s Beauftragte/n für Angelegenheiten für Kinder und Jugendliche gem. § 18a Abs. 3 der Kommunalverfassung erhalten die Belange von jungen Menschen einen neuen Stellenwert.

.....
gez. Steven Werner
Fraktionsvorsitzender SPD

.....
gez. Thomas Türk
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/DIE GRÜNEN